

## **Staatsschulden – kann es zum Staatsbankrott kommen?**

**Eine Diskussion zwischen der Klasse 5eK der Kantonsschule Reussbühl-Luzern und Herrn Martin Weder, Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Economiesuisse; aufgezeichnet von den Schülern und Schülerinnen dieser Klasse.**

Die Klasse 5eK besucht seit gut einem Jahr das Schwerpunktfach Wirtschaft und Recht und kam gut vorbereitet an die Diskussion. Die Diskussion fand im Januar 2010 statt, mitten in der Finanzkrise, als die grossen Hilfspakete der Staaten an die Banken die Frage der Staatsverschuldung ins Zentrum rückten.

### **Staatsschulden wird es immer geben, solange es Staaten gibt**

Als Staatsschulden bezeichnet man die Verbindlichkeiten von Bund, Kantonen und Gemeinden gegenüber Dritten. Der Staat stellt die öffentlichen Güter zur Befriedigung kollektiver Bedürfnisse her. Diese Güter haben oft keinen Preis, weil für sie ein Markt fehlt (Strassen, Armeeausrüstung etc). Das Vermögen des Staates ist deshalb nur schwer abschätzbar.

Die Benützung dieser Güter erfolgt vielfach aus sozialen Gründen zu einem tiefen Preis oder überhaupt gratis (wie kann man für die Sicherheit, die Armee oder Polizei gewährleisten, bezahlen?). Dem Staat fehlen daraus Einnahmen, diese finanzielle Lücke muss durch Steuern oder Kredite finanziert werden.

Welche Rendite wirft die Staatstätigkeit ab? Anders als in der Privatwirtschaft lässt sich eine Rendite nicht berechnen, weil der Wert des eingesetzten Kapitals oder der Nutzen wegen des fehlenden Marktpreises – wie geschildert – nicht bekannt sind. Somit wird auch eine Kontrolle der Staatsleistungen schwierig. Der Steuerzahler möchte für sein Steuer-Geld möglichst viele Staatsleistungen, und die Politiker durch Geldausgaben ihre nächste Wahl sichern. Mit steigendem Wohlstand steigen die Kollektivbedürfnisse der Bevölkerung überproportional an, die Aufgaben und damit die Ausgaben des Staates nehmen zu. Was der Staat aber anbietet, bietet er meist als Monopolist an. Es fehlt an Konkurrenz, die bekanntlich dafür sorgen würde, dass die Preise gesenkt würden und die Qualität des Angebots anstiege.

### **Was kann gegen hohe Schulden unternommen werden?**

Es gibt unterschiedliche Wege, Staatsschulden abzubauen. Man stelle sich eine Erfolgsrechnung vor: durch Erhöhung der Einnahmen oder Senkung der Ausgaben werden Überschüsse erzielt, mit denen die Schulden abgebaut werden können.

Ein Weg wäre die Erhöhung der Steuern. Das bedeutet, dass jeder Steuerzahler für die Staatsschulden aufkommen müsste. Des Weiteren könnte der Staat bei den Ausgaben sparen. Sicher würde dann auch der grosse Ausgabenposten der Sozialen Wohlfahrt verringert.

Für einen Politiker sind beide Wege schwer. Weshalb? Um gewählt oder wieder gewählt zu werden, verspricht er dem Volk tiefe Steuern und Geld für die Soziale Wohlfahrt. Für die Reduktion von Schulden müsste er beide Versprechen brechen. Der Ausweg über den Staatsbankrott ist für ein Industrieland kaum möglich. Es würde während einiger Zeit kaum mehr Zugang zu den Kapitalmärkten erhalten.

### **Die Armen sind die Leidtragenden von Staatsschulden – die Reichen die Profiteure**

Wie schon dargestellt wurde, stellt der Staat öffentliche Güter und Dienstleistungen kostenlos oder zu tieferem Preis als die Selbstkosten zur Verfügung, um die Kollektivbedürfnisse des Volks zu befriedigen. Die fehlenden Einnahmen müssen höhere Steuern oder Kredite decken. Kredite beschafft sich der Staat oft am Kapitalmarkt; die Kreditgeber erhalten verzinsliche Schuldpapiere des Staates.

Vermögende kommen in den Besitz von solchen Schuldpapieren, der Staat bezahlt dafür Zinsen. Die Zinsen und die Rückzahlung der Schulden werden über Steuereinnahmen finanziert, oft bleibt dem Staat dazu nur die Option der Steuererhöhung. Davon sind Arm und Reich betroffen, doch für die Armen zeigt es sich in einem grösseren Ausmass. Sie müssen ihren Konsum einschränken, während die Vermögenden ihre Ersparnisse verringern können. Da die Besitzer von staatlichen Schuldpapieren Geld vom Staat erhalten, kommt es zu einer Umverteilung des Vermögens von Arm zu Reich. Kurz gesagt zahlen die Steuerzahler den Besitzern von Schuldpapieren die Zinsen und die Rückzahlung.

Wenn der Staat die Ausgaben einschränkt, spart er auch in der sozialen Wohlfahrt. Die Leidtragenden sind dann wiederum die Armen.